



SCHULBAU

Von Hamburg lernen?

Die Realisierung von Investitionen des Staates über Public Private Partnership (PPP) bietet ungeahnte Möglichkeiten

Nun ist's passiert. Der Koalitionsvertrag der Ampelkoalition ist da! Man darf gespannt sein, wie die ambitionierten Ziele realisiert werden sollen. In der Vergangenheit war ja noch von Voodoo-Ökonomie die Rede, wenn über die Vorstellungen der FDP in Sachen Finanzpolitik gesprochen wurde. Zurecht, denn Steuern zu senken oder auch nur nicht zu erhöhen bei gleichzeitigem Verzicht auf Neuverschuldung, hieße, dass es weder Geld gäbe für die vielbeschworene Erneuerung der Wirtschaft noch dass man die notwendigen Investitionen für den Klimaschutz durchführen könnte. Unser neuer Finanzminister muss also viel Kreativität entwickeln, um Wege zu finden, dem Wahlvolk klar zu machen, dass Schulden keine

Schulden sind, solange das Wort „Schulden“ nicht draufsteht.

Warum diese Verrenkungen, warum nicht einfach, wenn es auch umständlich geht? Die Verantwortlichen machen ja nicht den Eindruck, dass sie eins und eins nicht zusammenzählen könnten. Die einzige Erklärung, die sich anbietet, ist die des Stimmenfangs vor der Wahl und die damit einhergehende Schwierigkeit, sich nach der Wahl als glaubwürdig präsentieren zu können. Skrupellos schauen Wahlstrateg_innen darauf, mit welchen Themen man punkten kann. Das sind jene, bei denen man die größten Ängste bei Vielen im Wahlvolk vermutet, gepaart mit der Gewissheit, dass ein großer Teil dieser verunsicherten Menschen die

ökonomischen Zusammenhänge sowieso nicht „blickt“. Einmal mehr entpuppt sich der Spruch „Wir wollen nur das Beste für unser Land“ als Floskel, die die jeweiligen Interessen verschleiern soll.

Vielen von uns wurde ein Leben lang eingebläut, dass Schuldenmachen etwas Schlechtes ist. Schlecht, weil es den Verdacht nährt, man lebe über seine Verhältnisse. Das passt nicht zur protestantischen Verzichtsideologie, aber eben auch nicht zur Notwendigkeit einer ökologisch-ressourcenschonenderen Lebensweise. Da verbindet sich also konservatives Gedankengut mit dem, was unter dem Label ökologisch-modern gehandelt wird.

Dieses ideologische Narra-

tiv passt bloß so gar nicht zu den Wirkungsmechanismen des Kapitalismus. Mehr oder weniger jedes Unternehmen arbeitet schließlich neben den Eigenmitteln auch mit Fremdkapital. Die kapitalistische Logik verlangt dies geradezu. Im Extrem können solange Kredite aufgenommen werden, wie der letzte geliehene Euro eine geringere Zinsbelastung mit sich bringt als umgekehrt die mit diesem Euro in Gang gesetzte wirtschaftliche Tätigkeit einbringt. Die DAX-Unternehmen „arbeiten“ beispielsweise im Durchschnitt um die 70 Prozent mit Fremdkapital.

Ein Mausclick weit

Dies gilt erst recht für den Staat. Der kann nämlich so viele Schulden aufnehmen, wie er will bzw. solange, wie Anleger_innen von staatlichen Schuldverschreibungen glauben, dass sie ihr Geld wieder kriegen. Aktuell spart der Staat dabei sogar, weil Anleger_innen einen Negativzins für deutsche Staatsanleihen akzeptieren. Hinzu kommt, dass seit Draghis legendärem

„What ever it takes“ die Zentralbank alle europäischen staatlichen Schuldverschreibungen aufkauft, die sich am Kapitalmarkt nicht absetzen lassen. Das heißt, am Schluss sind Schuldner (Staat) und Gläubiger (EZB) ein und dieselben. Was hindert im Bedarfsfall die Entscheidungsträger_innen daran, diese Schulden per Mausclick zu löschen?

Das wissen auch gerade alle mit der Wirtschaft eng verbandelten Parteienvertreter_innen. Aber sie haben sich aus rein wahltaktischen Gründen, die sich in diesem Fall besonders gut populistisch verwerten ließen, gegen eine Ausweitung der staatlich kreditfinanzierten Ausgabenpolitik gestemmt. Ihr Credo, das die genannte ideologische Grundierung mit sich führt, lau-

tete deshalb: Zurück zur Einhaltung der Schuldenbremse!

Dabei wissen gerade die Akteur_innen, die dies nun lautstark einfordern, dass es die in den letzten Jahren mangelnde Investitionsbereitschaft der Unternehmen war, die die wirtschaftliche Entwicklung hemmte. Vergessen sind die Hinweise auf die damit zusammenhängenden deflatorischen Tendenzen und die damit einhergehende Gefahr, in eine Rezession abzugleiten.

Die mangelnde Investitionsbereitschaft ist ja nach der Wahl nicht verschwunden. Nach wie vor gilt, dass viel Geld in den Finanzsektor fließt und wenig in die Realwirtschaft. Das kann man nur ändern, wenn der Staat massiv Investitionsanreize schafft. Entweder, indem er selber investiert oder über Subventionen Anreize schafft, da-

Ab 2023 werden wir (..) die Verschuldung auf den verfassungsrechtlich von der Schuldenbremse vorgegebenen Spielraum beschränken und die Vorgaben der Schuldenbremse einhalten. Ampel-Koalitionsvertrag S. 158

mit Unternehmen in Bereiche investieren, die ohne staatliche Hilfe nicht profitabel erscheinen. Dafür hat man extra einen neuen Begriff „erfunden“: Superabschreibung (Koalitionsvertrag S. 164). Demzufolge sollen Wirtschaftsgüter, die den ökologischen Umbau vorantreiben, innerhalb eines Jahres abgeschrieben werden. Der Haken daran ist, dass dann auch die Steuereinnahmen schwinden und darüber hinaus Gewinnmitnahmen das anvisierte Ziel konterkarieren können. Das alles kostet Geld. Will man den sozialen Frieden nicht gefährden, wird man dies nicht über das Sparen im Sozialhaushalt finanzieren können. Und was nun bei der beschlossenen „Verschlankung“ der Verwaltung herauskommen

soll, wird den Finanzbedarf wohl kaum nennenswert verringern.

Wege aus der nationalen Falle

Das alles wusste man natürlich auch schon vor der Wahl. Jetzt wird man also die Spindoktor_innen befragen, wie man aus dieser selbstgestellten Falle wieder herauskommt. Da alle für eine Koalition infrage kommenden Parteien sich dieses Dilemmas bewusst sein dürften, einschließlich der Kenntnis, dass es zur Abschaffung der Schuldenbremse einer Zweidrittelmehrheit im Bundestag bedarf, sind zunächst einmal jene Methoden der „kreativen Buchführung“ gefragt, mit denen man schon Erfahrungen gesammelt hat. Das ist im Kern die staatliche Vergabe von Mietgarantien an Investoren. Nicht der Staat, sondern private

Firmen bauen bspw. Schulen, die nach Fertigstellung vom Staat gemietet, technisch sagt man wohl: geleast werden. Public-Private-Partnership (PPP) nennt man das. Die designierte neue Regierung steht dieser

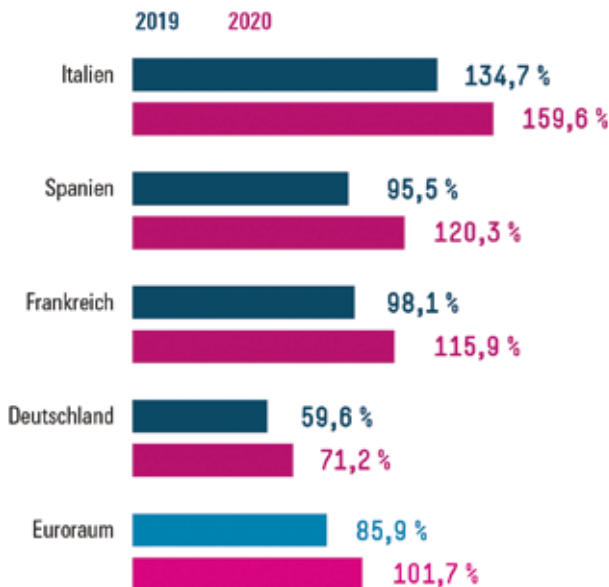
Art der Finanzierung auf jeden Fall positiv gegenüber. So heißt es im Koalitionsvertrag unmissverständlich: „Ausgewählte Einzelprojekte und Beschaffungen können im Rahmen Öffentlich Privater Partnerschaften ([in deutsch JG] ÖPP) umgesetzt werden.“ (S. 162)

Am Beispiel Hamburg

Der Hamburger Senat nutzt bereits seit 2011 dieses Mittel, um den Schulbau voranzutreiben. Insgesamt wurden bis 2017 über diesen Weg 2,2 Milliarden investiert, mittlerweile dürfte die Gesamtsumme mehr als drei Milliarden betragen, ohne dass dies im Haushalt auftaucht. Auch in den nächsten Jahren sollen jährlich um die 400 Millionen auf diese Weise in den Schulbau

Corona treibt die Schuldenquoten

Gemessen am BIP betragen die Staatsschulden



Quelle: IMK 2021

Hans Böttcher
Stiftung

wandern. Das macht kumuliert in etwa 25 Prozent der im Haushalt aufgeführten Schuldenaufnahme aus. Ein Erfolgsrezept – wie der Senator meint: „Ich freue mich, dass der Schulbau trotz der angespannten Lage im Hamburger Bausektor so hervorragend läuft.“ Und Finanzsenator Andreas Dressel sekundiert: „Und diesen hohen Standard halten wir auch in Zukunft, denn mit dem Mieter-Vermieter-Modell sind Bewirtschaftung und Instandhaltung schon heute auf Jahrzehnte gesichert.“ (Quelle: Bauboom – Senat investiert Rekordsumme in den Schulbau – Schulbauprogramm wird konsequent umgesetzt; BSB Pressemitteilung v. 10. April 2018)

Im Grunde kann man sich dieses Verfahren für viele staatlichen Ausgabenbereiche vorstellen, angefangen bei Verwaltungsgebäuden einschließlich deren technischer Ausstattung über Straßenbau u.v.a.m. – all diese Ausgaben könnten auf diese Weise realisiert werden, selbst

bis hin zu militärischem Gerät. So fragte sich die Grünen-Abgeordnete Katja Keul, Mitglied im Verteidigungsausschuss, noch im letzten Jahr im Zusammenhang mit der Kriegsführung in Afghanistan: „Es erschließt sich mir nicht, warum die Drohnen nicht direkt in Israel geleast werden.“ (DIE ZEIT v. 10.12.2020, S. 26)

Am Ende ist zwar alles teurer für den Staat, weil die Investor_innen ihre Rendite einfahren wollen, aber es ließe sich das realisieren, was notwendig ist: Zukunftsinvestitionen, die Arbeitsplätze schaffen und damit neben Gewinnen auch Lohn Einkommen schaffen. Beides lässt sich besteuern, was die systemimmanente Lösung der Schuldenbremse bedeuten könnte.

Ein gigantischer Schattenhaushalt entsteht. Ja, das, was das neoliberale Credo ausmachte – die Verlagerung der öffentlichen Gewalt zugunsten privater Entscheidungsträger –, würde sogar eine Neuauflage erfahren.

Bedeutet das das Ende einer demokratischen Verfasstheit, in der das ohnehin schon seit Langem ausgehöhlte Primat der Politik zugunsten eines lediglich an Marktmechanismen orientierten Handelns desavouiert wird? Eine neue Gemengelage also, wenn man an die ökonomischen Verflechtungen innerhalb der EU denkt, ein Alleingang im globalen Zusammenhang.

Global...

Die momentan wirtschaftlich mächtigsten Staaten betreiben auf jeden Fall eine weitaus lockerere Geldpolitik, als es hierzulande üblich ist. Die Verschuldungsquoten der USA und Japans – China als Sonderfall einmal außen vor gelassen – liegen um ein Mehrfaches höher. Die Fessel, die sich die EU mit der Einhaltung der Schuldenquote von 60 Prozent des BIP auferlegt hat, ist auch vor diesem Hintergrund nicht nur völlig wirklichkeitsfremd, sondern ohnehin nicht mehr zu gewährleisten. Dies aber nicht nur wegen der pandemiebedingten Mehrausgaben, sondern nicht zuletzt deswegen, weil sich Deutschland bekannter Maßen in den letzten Jahren auf Kosten der europäischen Partnerländer mittels Lohndumping Wettbewerbsvorteile verschafft hat, die die dadurch bewirkte Verschuldung der Mitgliedsstaaten in die Höhe getrieben hat. Hinzu kam, dass die ökonomisch schwächeren EU-Staaten dafür gesorgt haben, den Kurs des Euro niedrig zu halten. Hätte es die D-Mark noch gegeben, wäre deren Kurs durch die Decke gegangen. Dies hätte die deutschen Exporte verringert und die Chance der EU-Partnerländer auf Exporte ihrerseits erhöht.

Es gehört somit nicht viel Phantasie dazu, sich vorzustellen, dass Deutschland auch weiterhin am Erhalt des Euros mehr als interessiert ist. Dies wird aber ohne eine Art von Ver-

gemeinschaftung der Schulden nicht zu haben sein. Allein das verlangt wiederum finanzielle Mittel in einem Umfang, der das ohnehin eher zufällig gewählte Maastricht-Kriterium einer Begrenzung der Staatsschuld auf 60 Prozent des BIP als absurd erscheinen lässt. Es wäre naiv, sich vorzustellen, dass ohne eine umfassendere Vergemeinschaftung der Schulden als bisher die EU weiter Bestand haben könnte.

... und epochal

Die Folgen (spät-)kapitalistischen Handelns spitzen die Widersprüche der jeweils nationalen und globalen gesellschaftlichen und ökonomischen wie der damit verbundenen ökologischen Entwicklung zu. Die Verschuldung der Staaten ist in diesem Kontext sekundär. Vor allem, wenn man bedenkt, dass jedem staatlichen Schuldtitel ein Vermögenstitel gegenübersteht. So reduziert sich das Problem letztendlich auf eine Frage der Verteilung.

Solange es keine wirkliche politische Opposition gegen diese systemischen Widersprüche gibt – und die Wahlergebnisse sprechen für sich –, scheint der oben beschriebene Weg der Finanzierung eine elegante Lösung, um aus dem Dilemma herauszukommen. Die Champagnerkorken werden knallen ob dieser gewaltigen Chancen auf sichere Profite dank staatlicher Garantien. Selbst systemimmanent



Foto: Alamy Stock

Mal sehen, ob unser neuer Finanzminister die richtige Lösung kennt, um sich von der Fessel Schuldenbremse zu befreien

bleibt auch in Zukunft die Möglichkeit, über diesen Weg diejenigen Investitionsentscheidungen in Gang zu setzen, die die Chance auf den Fortbestand der Menschheit nicht gänzlich ausschließen. Auch die Verteilung der zwischenzeitlich durch die

Übernahme staatlicher Garantien zustande gekommenen Profite unterliegt keinem Naturgesetz, sondern ist unter dem Gesichtspunkt der Verteilungsgerechtigkeit weiterhin verhandelbar.

JOACHIM GEFFERS

Gesund in den Ruhestand!

Wir bieten euch an, in einem persönlichen Gespräch euch u.a. über folgende Fragen zu informieren:

- Wie kann ich meine Gesundheit erhalten und stärken? Inwieweit kann ich dabei die Unterstützung durch Einrichtungen der Behörden erwarten?
- Wie und wo kann ich die Feststellung einer Schwerbehinderung beantragen?
- Wann kann ich in den Ruhestand gehen?
- Habe ich meine rentenrechtlichen bzw. versorgungsrechtlichen Zeiten geklärt?
- Wie berechnet sich meine Altersversorgung?

Die GEW bietet in ihrer Geschäftsstelle, Rothenbaumchaussee 15, eine kostenlose persönliche Beratung zu diesen und ähnlichen Fragen an. **Die nächsten Termine finden an den Dienstagen, 15.02. und 29.03.2022, 15-17 Uhr statt.** Das Angebot richtet sich sowohl an Arbeitnehmer_innen als auch an Beamt_innen.

KARIN HUFERT, ehrenamtliche Beraterin, Mitglied der GEW